

Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken! Gemeinwesenarbeit in der integrierten Stadtentwicklung

Die Stabilisierung und Entwicklung der sozial benachteiligten Stadtteile bleibt auf absehbare Zeiträume eine andauernde Aufgabe. Zivilgesellschaft wird als integrativer Bestandteil und Ressource der Stadtentwicklung an Bedeutung zunehmen. Staat und Kommunen können die immer umfangreicheren öffentlichen Aufgaben nicht allein erfüllen. Ein zentrales Problem, das nur mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung angegangen werden kann, zeigt sich in den Sozialräumen, in denen sich die Folgen von sozialer Benachteiligung, demografischer Entwicklung und Zuwanderung konzentrieren. Weil die Integration der gesellschaftlich und räumlich an den Rand gedrängten Bevölkerungsteile über den Zeithorizont spezieller Förderprogramme hinaus bestehen bleibt, haben die betroffenen Stadtteile und ihre Bewohnerschaft aufwändige Integrationsleistungen zu erbringen. Sie müssen dazu deshalb dauerhaft in die Lage versetzt werden – infrastrukturell, materiell und ideell. Erforderlich sind maßgeschneiderte Angebote für Teilhabe, Bildung und Qualifizierung der Bewohnerschaft in den benachteiligten Quartieren. Die Prozesse der Sozialen Stadt können als Modelle betrachtet werden, anhand derer sich viele der neuen Herausforderungen für Zusammenleben, Wirtschaftsentwicklung und Aufgaben des Sozialstaates veranschaulichen lassen. „Nur wenn wir die Ränder der Gesellschaft stärken, können wir ihre Mitte erhalten“ (Löhr 2009: 5).

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. hat in den Jahren 2008 und 2009 mit weiteren Projektpartnern das Modellprojekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“ im Rahmen der Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) im Handlungsfeld „Bürger für ihre Stadt aktivieren – Zivilgesellschaft“ durchgeführt: „Eine entscheidende Voraussetzung für eine gerechte, sozial integrierende Stadtgesellschaft ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger in ihren Städten ‚wieder finden‘. [...] Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik bilden einen Rahmen, der durch private Akteure ausgefüllt werden muss“ (www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de). Die Erfahrungen dieses Modellprojekts sind Gegenstand dieses Beitrags.

Integrierte Stadt(teil)entwicklung: Aktivierung von zivilgesellschaftlichen Akteuren

Die Qualitäten, die mit einer stärkeren Beteiligung, besserer Einbeziehung und Befähigung von zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Stadtteilen verbunden sind, wer-

den inzwischen verstärkt auch von der Politik wahrgenommen. Darunter sind unterschiedliche Akteure, beispielsweise Bürgergruppen, freie Träger und Wohlfahrtsverbände zu verstehen, aber natürlich auch randständige Gruppen, die bisher als engagementfern gelten. Die Nutzung und weitere Aktivierung von bereits bestehenden Bewohnerinitiativen wird es notwendig machen, die erfolgreichen Ansätze zu verstetigen und strukturell abzusichern. Gemäß dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vom Herbst 2009 wird ebenfalls ein integriertes Vorgehen angestrebt: es gelte „die privaten Hauseigentümer und das im Stadtgebiet ansässige Gewerbe stärker in die Stadtentwicklungsprozesse einzubinden. Dazu dient u. a. das Instrument des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes“ (Zeilen 1652 ff.). Das Programm „Soziale Stadt“ solle stärker ressortübergreifend umgesetzt werden (vgl. Zeile 1664).

Mit dem Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ in Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen wurde im Jahr 1999 bundesweit die Stabilisierung und Entwicklung von sozial benachteiligten Stadtteilen aus einer städtebaulich-planerischen Perspektive begonnen: Aus dem Programm heraus ist Stadtteil- bzw. Quartiermanagement als Tätigkeit vor Ort entstanden. Das Programm hat sich als Instrument im Rahmen der Baugesetzgebung konsolidiert, beispielsweise über die Aufnahme des neuen §171e „Maßnahmen der Sozialen Stadt“ in das Baugesetzbuch. Konzeptionell wurde die „Soziale Stadt“ im Laufe des vergangenen Jahrzehnts weiter entwickelt. Integrierte Handlungsfelder, übergreifende Entwicklungskonzepte und eine interdisziplinäre Perspektive auf das Quartier wurden Voraussetzung für die Förderung im Programm „Soziale Stadt“. Unterschiedliche fachliche Zugänge müssen jedoch stärker miteinander kommunizieren. Dies sollte bei der Weiterentwicklung der Handlungsfelder der Sozialen Stadt noch stärker zum Ausdruck kommen.

Innerhalb des zivilgesellschaftlichen Sektors ist das Thema der Sozialraumorientierung mit nicht unerheblichen inhaltlichen, fachlichen und organisatorischen Fragestellungen verbunden. Im Modellprojekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“ wurde daher ein Wissenstransfer in diesem bisher wenig bearbeiteten Themenfeld begonnen, um beispielsweise fachübergreifend stärker zwischen den Feldern Sozialpolitik und Stadtentwicklungspolitik, zwischen dem Regime des Sozialgesetzbuchs (SGB) und dem des Baugesetzbuchs (BauGB) zu vermitteln. Zwar ist der zivilgesellschaftliche Ansatz im SGB stärker vorhanden als im BauGB. Die aus einer traditionell subjektbezogenen Sicht stammende Orientierung der Gemeinwesenarbeit und der ursprünglich eher (objektbezogene) baulich-investive Ansatz der Sozialen Stadt haben sich programmatisch aber immer mehr einander angenähert, und zwar in Richtung auf einen lernenden, integrativen und sozialräumlich orientierten Ansatz: Neben Wohnumfeld- und Infrastrukturinvestitionen geht es vor allem um die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Bewohnerschaft, beispielsweise in den Bereichen Bildung und Qualifizierung, oder der sozialen Integration. Die Diskurse laufen jedoch häufig noch in unterschiedlichen wissenschaftlichen

und praxisorientierten Netzwerken (vgl. Becker 2008). Bei der Bündelung und Mobilisierung stärkeren zivilgesellschaftlichen Engagements für benachteiligte Stadtquartiere geht es daher um die Erarbeitung konkreter Handlungsoptionen für Entscheidungsträger in zivilgesellschaftlichen Verbänden und Vereinen.

Das Augenmerk wurde auf die engagementfernen Bevölkerungsgruppen gelegt, die in benachteiligten Stadtteilen leben und haltende und stützende Strukturen benötigen, um sich mit ihrem Stadtteil zu identifizieren und sich für und in ihrem Stadtteil zu engagieren. Hierzu gehört auch die Wahrnehmung, dass in einem breiten Verständnis des Begriffs Zivilgesellschaft (vgl. Evers 2009) die Zivilität auch eine große Herausforderung sein kann. Die breite Definition bezieht sich über den zivilgesellschaftlichen, so genannten „Dritten Sektor“ hinaus auf eine Gesellschaft, in deren Strukturen bestimmte Werte wie Demokratie, öffentliche Verständigung, Toleranz, Solidarität und Kooperation verankert sein müssen. Der Dritte Sektor ist nicht automatisch „zivil“ – eine Gleichsetzung, wie sie früher üblich war –, da sich auch in ihm wirtschaftliche Interessen und Lobbyismus wiederfinden lassen. Der Dritte Sektor ist ein wichtiger Akteur im zivilgesellschaftlichen Bereich, doch müssen auch Politik, Marktwirtschaft und Communities einbezogen werden, damit sich ein zivilgesellschaftliches Verständnis in den unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft verankern kann.

Integrierte Handlungsansätze werden inzwischen auch über die Stadtteilorientierung hinaus auf gesamtstädtischer und ressortübergreifender Ebene verfolgt. Kommunale Wirtschaftsförderung, Planungs- und Sozialressorts sollten verstärkt kooperieren und benachteiligte Sozialräume in integrierte Konzepte einbeziehen. Das entsprechende kommunale Handeln ist jedoch nicht in jedem Falle institutionalisiert. Die ressortübergreifende Zusammenarbeit in dafür eingesetzten Gremien muss sich nicht nur bei der Erstellung der integrierten Konzepte beweisen, sondern vor allem auch in der Umsetzungsphase. Zu den bereits begonnenen Ansätzen gehören beispielweise die Rahmenstrategie Soziale Stadt(teil)entwicklung in Berlin (vgl. Senatsverwaltung 2009) und das Hamburger Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE), welches das ressortübergreifende Schnittstellenmanagement in den Vordergrund stellt: „Durch die Förderung und den Aufbau neuer Kooperationen und Netzwerke sollen die Barrieren zwischen den Akteuren aus den unterschiedlichen Teilbereichen wie Verwaltung, soziale Einrichtungen und Wohlfahrtspflege, gesellschaftliche Selbstorganisation (Vereine, Initiativen, Selbsthilfe) und Wirtschaft überwunden werden.“ (Bürgerschaft 2009: 38). Als Schlüsselakteure für die Quartiersentwicklung sind Bürgerinnen und Bürger, soziale Einrichtungen und Dienste, Träger und Netzwerke, die lokale Wirtschaft, die zuständigen Verwaltungsabteilungen und die Politik sozialraum-kompetent zu stärken, zu qualifizieren und aufzustellen. Die Phase der Sonderförderung durch Programme wie die Soziale Stadt ist eine Chance für derartige Ansätze, gezielte Aufmerksamkeit zu erzielen sowie eine erste Förderung und Unterstützung zu leisten. Angesichts der sozioökonomischen Entwicklungen in den Städten sind allerdings über ein zeitlich wie thematisch begrenztes Programm hinaus ge-

hende dauerhafte, verlässliche und belastbare Strukturen für Akteure in Stadtteilen zu schaffen.

Zur Rolle von Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt

Die Beachtung des "Eigensinns" lokaler Gemeinschaften ist ein wichtiger Erfolgsfaktor der Arbeit in zivilgesellschaftlichen Netzwerken. Unterschiedliche Zielgruppen benötigen unterschiedliche Formen von Ansprache und Einbindung. Hier sind Experimentierfreudigkeit und Mut gefragt. Im Sinne der Nachhaltigkeitsdiskussion gilt es, gerade die von Förderkulissen unabhängige Tragfähigkeit zivilgesellschaftlicher Netzwerke als zentrales Moment strategischer Allianzen frühzeitig herauszuarbeiten und im Blick zu behalten. Es besteht ein breiter Konsens, dass die Konzepte der Soziale Stadt-Programme, insbesondere die Nachhaltigkeitsansätze, als Kernelemente die Vernetzung der lokalen Akteure und die Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft beinhalten sollten. Hierbei im Mittelpunkt stehen die besonderen Schwierigkeiten, unter den Bedingungen in benachteiligten Stadtquartieren solche Bevölkerungsgruppen zu aktivieren, die selbst wenig Erfahrung mit zivilgesellschaftlichem Engagement mitbringen.

Die Notwendigkeit, gemeinwesenorientierte soziale Ansätze stärker in den Stadtentwicklungsbereich zu integrieren, wird in den Evaluationen der Sozialen Stadt deutlich: „Offizielle ‚Tandemmodelle‘, bei denen der Bereich Planen/Bauen/Stadtentwicklung beispielsweise mit dem Bereich Soziales kooperiert, sind noch die Ausnahme. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die Verwaltungsorganisation, die eine eindeutige Federführung erfordert. Informell wird aber – so ein Ergebnis der Gesprächsrunden – wesentlich mehr und intensiver kooperiert, als es die Ergebnisse der Befragung nahe legen.“ (Bundestransferstelle Soziale Stadt 2006: 11) Der häufig zu beobachtenden Überforderung der mit Quartiermanagement beauftragten Akteure kann durch den Einsatz eines Tandemmodells entgegengewirkt werden. Für die Aktivitäten vor Ort ist ein besonders qualifiziertes Team von Stadtteilentwicklern einzusetzen, das unterschiedliche Aufgaben und Funktionen für den Stadtteil wahrnimmt. Im Stadtteilbüro werden dabei gleichgewichtig die Kompetenzen des Beauftragten für Gemeinwesenarbeit (Sozialarbeit, Aktivierung und Organisation von Bewohnergruppen, Vernetzung im Stadtteil) und des für Planung Zuständigen (Darstellung von Projekten, Entwicklung von Planungsalternativen) zusammengeführt (vgl. Thies et al. 2009).

Die Rolle von Gemeinwesenarbeit – und damit auch der Wohlfahrtsverbände und freien Träger mit ihrer starken und konsolidierten Präsenz in der Fläche – wird für die soziale Integration in den benachteiligten Stadtteilen immer zentraler (vgl. BAG 2010). Die folgenden Kernelemente der Sozialen Stadt-Programme bereiten das Feld für eine solche integrierte Herangehensweise. Als Arbeitsgrundlage dient ein integriertes Handlungskonzept mit einer ressortübergreifenden Bündelung von Fördermitteln. Für die dezentrale Projektsteuerung bzw. das Stadtteilmanagement und die

Vernetzung der lokalen Akteure in „lokalen Partnerschaften“ sowie die Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft (i.d.R. Einrichtung eines Sonderprojektes der Verwaltung) sind die Fähigkeiten der Sozialarbeit bei der Ermutigung und Befähigung zur Teilhabe von benachteiligten Gruppen unverzichtbar.

Der Aufbau eines nachbarschaftlichen Gemeinschaftsgefühls und die Bereitstellung von Angeboten für Engagement setzen wichtige Impulse für eine positive Stadtteilentwicklung und eine Aufwertung der Stadtteile. Nur über ein starkes gebietsorientiertes und sozialräumlich verankertes Handeln mit der Einbeziehung möglichst breiter gesellschaftlicher Teilgruppen ist hier eine positive Weiterentwicklung möglich. Es braucht im doppelten Sinne Raum, in dem sich die Menschen treffen, versammeln, austauschen und feiern können.

Beteiligung *und* Aktivierung gelten als Voraussetzung, um besondere Beteiligungsfähigkeit bei Gruppen (Jugendliche, Ausländer, „Abzuholende“) zu erreichen: Beteiligung ist oft reduziert auf vorgefertigte Aufgaben und „Mitmachprojekte“. Gute Aktivierungskonzepte nehmen Bezug auf die Selbstorganisation, auf die Entwicklung eines Außenverhältnisses, holen die Angesprochenen aus dem informellen Dasein ab und machen Gruppen zu Gruppen mit Status. Mit der Gewinnung von Schlüsselakteuren ergeben sich Multiplikatoreffekte, lassen sich Ressourcen identifizieren und wird Anerkennung geschaffen. Dabei geht es auch um ein Brückenbauen (*bridging*): nicht nur mit dem Instrument Kultur, sondern indem um Verständnis und Achtung geworben wird.

Stadtteilidentifikation ist die Zukunftsfrage des Stadtteils. Was sind die Leitthemen und Leitkontroversen im Stadtteil, die das „Zusammenhalten“ befördern? „Offene Dialoge“ schaffen Räume zur Diskussion von strittigen Kern- und Grundfragen, nicht nur das gemeinsame Arbeiten an der Sache, was im Gegensatz dazu zu einem eher „entpolitisierten“ Tun führt. Kommunikation ist der essentielle Link zwischen Bürger und Verwaltung, zwischen Stadtteil und Gesamtstadt. Dabei gilt es nicht zu versuchen, das Engagement benachteiligter Bevölkerungsgruppen für eine verstärkte Übernahme öffentlicher Aufgaben zu funktionalisieren, sondern die Interessen der Bewohner/innen und Regeln ihrer Selbststeuerung anerkennen und deren Selbstkoordinierung zu stärken.

Berliner Memorandum: Handlungsanforderungen und Empfehlungen

Im Projektrahmen wurden Handlungsanforderungen und Empfehlungen entwickelt, die in einem Positionspapier zusammengefasst wurden (vgl. Potz, Thies 2009). Mit dem Berliner Memorandum „Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken!“ sollen Brücken gebildet werden zwischen den Diskursen zur Stadtentwicklungspolitik und dem Arbeitsprinzip der Gemeinwesenarbeit. Folgende Forderungen werden im Berliner Memorandum aufgestellt:

1. Lebensverhältnisse verbessern

2. Integrierte Handlungskonzepte und lokale Aktionspläne ausbauen
3. Zivilgesellschaftliche Netzwerke aufbauen und Engagement aktivieren
4. Plattformen und Politikzugänge für bürgerschaftliche Interessenartikulation und -durchsetzung aufbauen
5. Quartiermanagement mit der Kompetenz der Gemeinwesenarbeit dauerhaft sichern
6. Freie Wohlfahrtspflege als Träger der Gemeinwesenarbeit profilieren
7. Lokale Ökonomie entwickeln, stärken und integrieren
8. Zentren und Räume für eine engagierte Zivilgesellschaft schaffen
9. Öffentlichkeit für zivilgesellschaftliches Engagement herstellen
10. Überregionale Vernetzung unterstützen

Die weitere Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement im breiteren Verständnis eines zivilen Zusammenwirkens stellt hier ein entscheidendes Element dar. Zentrale Nachhaltigkeitsgarantien sind dabei zu berücksichtigen: stabile lokale Entwicklungspartnerschaften, eine kontinuierliche Ressourcenbündelung, ein verlässliches kooperatives Quartiermanagement.

Bündelung des Engagements in der Praxis

Die Gemeinwesenarbeit muss ihre Kernkompetenzen auch in einem privatwirtschaftlich agierenden Umfeld selbstbewusst einbringen, beispielsweise beim Übergangmanagement zwischen Schule und Beruf oder bei Qualifizierungs- und Integrationsprojekten. Erfolgversprechende Ansätze gehen hier über eine rein fallbezogene und individualisierte Sichtweise hinaus und berücksichtigen lebensweltliche und sozialräumliche Rahmenbedingungen. Gemeinwesenarbeit muss darauf gerichtet sein, die Träger der Sozialwirtschaft (Alten-, Behinderten- und Jugendhilfe) einzubinden und gemeinsam mit ihnen Projekte zu entwickeln, die lokale Bedürfnisse (z.B. haushaltsnahe Dienstleistungen, Nachbarschaftsdienste) mit lokalen Ressourcen (Personen mit bestimmten Kompetenzen) zusammenzubringen.

Strukturelle Beteiligungsmöglichkeiten und -chancen sind zu schaffen, die auch mit den Chancen zur Verbesserung von Lebensverhältnissen und der Bewältigung von Alltagsproblemen verknüpft werden. Hier erwächst aus der vorgehaltenen sozialen Infrastruktur (z.B. für Kindererziehung, Bildung, Beschäftigung und Jobperspektiven) eine besondere Verpflichtung für die öffentliche Hand. Es geht dabei sowohl um das Angebot niedrigschwelliger Anlaufstellen (wie z.B. Gemeinwesenzentren und -büros) als auch um die Möglichkeit, auf finanzielle Ressourcen schnell und unbürokratisch zurückgreifen zu können.

Zu pflegen sind sektor- und bereichsübergreifende Partnerschaften von Akteuren, die die Rahmenbedingungen für Gemeinwesenarbeit und das Engagement benachteilig-

ter Gruppen verbessern wollen und die ihre Interessen auf einer Augenhöhe mit den politisch-administrativen Entscheidungsträgern auf allen Ebenen artikulieren können. Zu den teilweise bereits praktizierten und weiter zu entwickelnden Ansätzen für lokale Bündnisse gehört z.B. die Verankerung von Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung. Arbeitsagenturen und Jobcenter für Arbeitsmarktintegration sollten sich verstärkt sozialräumlich ausrichten. Es bedarf einer gezielten Unterstützung bei der Identifizierung, Aktivierung und Stützung von Bürgervereinen und lokalen Initiativen im Gemeinwesen, durch die gruppen- oder anlassbezogenen Einzelinteressen gebündelt und als gemeinsame Belange darstellbar werden und sich als Lobby Politikzugänge verschaffen.

Die Wirtschaft als Interessengruppe und als Ressource ist bisher meist nur in ihrer öffentlichen Ausprägung (Wohnungswirtschaft bzw. Eigenbetriebe) präsent. Es geht aber auch um die Einbeziehung der Wirtschaft als Mitbürger: als Sponsoren (Ortsidentifikation/Einbettung), als Träger der Kofinanzierung oder auch als engagierte Vertretung mit Reputation. Handlungs- und Politikstil sind bisher mehr oder weniger „kooperativ“: Wirtschaftsplanung steht Bündnissen für Familien, Bürgerstiftungen, Jugendplanung, Stadtplanung, Randgruppen (GWA) gegenüber. Ansätze der lokalen Beschäftigung gibt es im Bereich Schule/Jugend/Arbeit. Wirtschaftlich und sozial orientierte Netzwerke der Quartiersverbesserung sollten stärker als lokale Entwicklungspartnerschaften gemeinsam agieren, um nachhaltig integrative Beschäftigungs- und Versorgungseffekte in den Stadtteilen erzielen zu können. Hier wäre auch ein verstärktes Engagement von freien Trägern der Wohlfahrtspflege sowie von Kirchen und Glaubensgemeinschaften wünschenswert. Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft kann neben investiven Maßnahmen zur Modernisierung des Wohnungsbestands zunehmend starker Partner in den Quartieren sein, wenn es um Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung geht (Belegungsmanagement, Mietergärten etc.). Mitbestimmung in Organen der (Wohnungs-)Wirtschaft gehört zu den bereits praktizierten Ansätzen für Bündnisse.

Der Ansatz einer integrierten Stadtentwicklung bezieht zunehmend sozial-kulturelle Entwicklungen ein. Die Förderung sozial-integrativer Vorhaben rückt somit in den Blickpunkt. Aktive Einbindung und Engagement der Bürgerschaft in den Programmbereichen der Sozialen Stadt sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt und für eine langfristige Perspektive benachteiligter Stadtteile. Eine Voraussetzung dafür ist, dass das Selbstbewusstsein in den Stadtteilen gestärkt wird. Dafür hat Gemeinwesenarbeit geeignete Handlungsstrategien anzubieten. Die Nutzung und weitere Aktivierung bereits bestehender Bewohnerinitiativen wird es notwendig machen, die erfolgreichen Ansätze zu verstetigen und strukturell abzusichern, denn sie soll einen Beitrag zur Stärkung des Zusammenhaltes im Gemeinwesen leisten. Im Sinne der Nachhaltigkeitsdiskussion gilt es, gerade die von Förderkulissen unabhängige Tragfähigkeit zivilgesellschaftlicher Netzwerke als zentrales Moment strategischer Allianzen frühzeitig herauszuarbeiten, „mitzudenken“ und zu begreifen.

Die Langfassung dieses Beitrags ist in der Fachzeitschrift *RaumPlanung*, H. 148, Dortmund, Februar 2010, S. 11-16 erschienen.

Literatur

BAG, Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e. V. (2010): *Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken. Gemeinwesenarbeit und lokale Entwicklungspartnerschaften*. *mitarbeiten.skript* Nr. 6, Bonn: Stiftung Mitarbeit

BAG, Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e. V. (2009): *Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken! Berliner Memorandum*, Hannover. www.bagsozialestadtentwicklung.de, Rubrik: Nationale Stadtentwicklungspolitik

Becker, Elke (2008): Alle reden über Zivilgesellschaft. Differenzierung eines gesellschaftlichen Phänomens in der Stadtentwicklung. In: *RaumPlanung* 138/139, S. 119-123

Bundestransferstelle Soziale Stadt (2006): *Dritte bundesweite Befragung in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“: Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen*. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt 12, Berlin. www.sozialestadt.de

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2009): *Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)*, Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft, Drucksache 19/3652 vom 21.07.2009

Evers, Adalbert (2009): Bürgerschaftliche Netzwerke stärken: Perspektiven und Konsequenzen für die Soziale Stadt. In: *Wegweiser Bürgergesellschaft*, Online-Newsletter Nr. 23, 20.11.2009. www.buergergesellschaft.de/106822/#4163

Löhr, Rolf-Peter (2009): Aktivierung der Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt: Zur Rolle der Gemeinwesenarbeit. In: *Wegweiser Bürgergesellschaft*, Online-Newsletter Nr. 23, 20.11.2009, www.buergergesellschaft.de/106822/#4163

Potz, Petra; Thies, Reinhard (2009): Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt: Handlungsfelder, Handlungsanforderungen und Befunde. In: *Wegweiser Bürgergesellschaft*, Online-Newsletter Nr. 23, 20.11.2009, www.buergergesellschaft.de/106822/#4163

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2009): *Handbuch zur Sozialraumorientierung. Grundlage der integrierten Stadt(teil)entwicklung*. Ergebnisbericht 2009, Berlin

Thies, Reinhard, Potz, Petra; Neumaier, Monika (2009): Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* H. 4, S. 202-205

Dr. Petra Potz ist Inhaberin des Stadtplanungsbüros location³, Berlin und war in der BAG-Transferstelle für das Modellprojekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“ zuständig

Reinhard Thies ist Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Hannover. Er ist im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Zentrum Familie, Integration, Bildung, Armut (FIBA), Servicestelle Soziale Stadt in Berlin tätig.

Kontakt: potz@location3.de
thies@diakonie.de